

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/71

15. April 1971

Der Krebs der jungen Generation

Entschlossener Kampf gegen den Drogen-
mißbrauch

Von Heinz Ruhnau
Senator für Inneres der Hansestadt Hamburg
und Mitglied des Vorstandes der SPD

Seite 1 und 2 / 83 Zeilen

Öffnet Mao-China seine Tore?

Vor einem neuen Kapitel der amerikanisch-
chinesischen Geschichte

Seite 3 / 43 Zeilen

Die CDU und ihre Führung

Eine Einzelfrage wird zu einem Gemeinproblem

Seite 4 und 5 / 55 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Hausstraße 2-10
Postfach: 9153
Presseshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telex: 868 848 898 847/
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Der Krebs der jungen Generation

Entschlossener Kampf gegen den Drogenmißbrauch

Von Heinz Ruhнау

Senator für Inneres der Hansestadt Hamburg und
Mitglied des Vorstandes der SPD

In den vergangenen Monaten hat die Hamburger Innenbehörde gemeinsam mit anderen Verwaltungszweigen ein umfassendes Programm zur Bekämpfung des Rauschmittelmißbrauchs erarbeitet. Es wird in Kürze im Hamburger Landesparlament, der Bürgerschaft, diskutiert werden.

Mit dem Beschluß dieses Programms durch den Senat haben wir in Hamburg die Konsequenz aus einer der ernstesten sozialen Gefahren gezogen, die unsere Gesellschaft gegenwärtig bedrohen. Der wachsende Rauschmittelkonsum unterminiert die psychische Stabilität eines zunehmenden Teils der jungen Generation. Wohin die Entwicklung auch bei uns steuert, das zeigt ein Blick auf die Verhältnisse in den USA, England und Skandinavien, Staaten also, in denen die Drogenwelle einige Jahre früher eingesetzt hat als bei uns. Die Zahl der jährlichen Drogentoten liegt in New York schon seit geraumer Zeit höher als die Zahl der Verkehrsoffer. Allein die Aufwendungen aus dem Bundeshaushalt für die Bekämpfung des Drogenmißbrauchs nähern sich in den USA in diesem Jahr der 200 Millionen-Dollar-Grenze.

Man könnte den Griff junger Menschen zur Droge, der in fast allen hochentwickelten Industriestaaten der Welt eingesetzt hat, als den "Krebs der jungen Generation" bezeichnen. Die ungeheure Gefährlichkeit des Drogenkonsums liegt 1/ in der ansteckenden Wirkung, die zu einer explosionsartigen Zunahme führt, 2/ darin, daß von einem bestimmten Stadium ab die Heilungschancen in die Nähe des Nullwertes sinken, und 3/ in der Tatsache, daß hier junge Menschen mehr oder weniger sehenden Auges ihre Zukunft vernichten.

Die Ursachen der Hinwendung eines beträchtlichen Teils der jungen Generation zur Droge sind sehr vielschichtig. Sie liegen überwiegend im gesellschaftlichen Bereich. Dies wird klar, wenn man bereit ist, das Bündel der Motive stark vereinfacht und vergrößert zu betrachten. Auf eine kurze Formel gebracht ließe sich dann sagen: Durch den Griff zur Droge versuchen junge Menschen, mit einer Art Kurzschlußschaltung die Spannung zwischen sich und der Umwelt, zwischen der eigenen Individualität und dem Zwang zur Leistung in der Gesellschaft zu beseitigen.

Viele, nicht nur junge Menschen empfinden unsere zunehmend perfektionierte Welt als Einengung ihrer eigenen Entfaltungsmög-

lichkeiten. Hohe Produktionszahlen und ständiger Massenkonsum sind für sie keine ausreichenden Lebensziele. Denen, die darauf mit der Flucht aus der Realität reagieren, ist allerdings oft nicht klar, daß sie damit nichts verändern. Andererseits vollzieht sich die Entwicklung der Umwelt heute fast schon schneller, als viele junge Menschen ihr Lernend zu folgen vermögen.

Diese Andeutungen zeigen, wie schwer es ist, hier mit staatlichen Maßnahmen zu helfen. Dem Staat sind Grenzen gesetzt: Er kann weder die philosophische Fundamentalfrage lösen, welchen Sinn das Leben hat, noch kann er den Wandel der Familienstruktur aufhalten oder ein allgemein anerkanntes, neues System sittlicher Werte durch Gesetz oder Verordnung dekretieren.

Das Hamburger Programm basiert auf einer Analyse der Situation und der zu erwartenden Entwicklung. Es geht von drei Erkenntnissen aus:

1/ Nach allen bisher gewonnenen Erfahrungen des In- und Auslandes können repressive Maßnahmen allein, also der Einsatz von Polizei und Justiz, den Drogenmißbrauch nicht hinreichend eindämmen. Trotzdem darf man natürlich auf gesetzliche Verbote und Strafverfolgung nicht verzichten.

2/ Medizinische Behandlung und Sozialtherapie der Süchtigen haben zu geringe Erfolgsquoten, als daß man damit das Problem bewältigen könnte. Trotzdem sind therapeutische Maßnahmen notwendig, denn man kann die Drogenabhängigen nicht einfach ihrem Schicksal überlassen.

3/ Das Schwergewicht der Anstrengungen muß deshalb auf der Vorbeugung und der Aufklärung liegen. Nur dort besteht die Chance, das Problem mittelfristig in den Griff zu bekommen. Dabei ist die Aufklärung der Eltern und anderer meinungsbildender Bezugspersonen sicher ebenso wichtig wie die unmittelbare Ansprache der Jugendlichen.

Der Katalog unserer Einzelmaßnahmen ist sehr vielfältig. Er schließt den Ausbau einer Reihe von Maßnahmen ein, die schon bisher von einzelnen Behörden getroffen wurden. Eine Koordinierungs- und Informationsstelle wird sich um die Weiterentwicklung des Programms, die Abstimmung der einzelnen Vorhaben und die Nutzbarmachung aller Erfahrungen bemühen, die im In- und Ausland gesammelt wurden.

Das Hamburger Programm ist kein Patentrezept. Ein solches gibt es nicht. Es wird langer und geduldiger Arbeit bedürfen, um den Rauschmittelmißbrauch spürbar einzudämmen. Dazu ist nicht nur enge Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg notwendig, sondern auch die Mithilfe der Massenmedien. Nur durch ihre Mitarbeit kann es gelingen, den ganzen Umfang der Gefahr, die unsere Gesellschaft bedroht, eben dieser Gesellschaft klarzumachen.

-/rr/15.4.1971/bgr/

+ + +

Öffnet Mao-China seine Tore?

Vor einem neuen Kapitel der amerikanisch-chinesischen Geschichte

Erstaunliches tut sich in diesen Tagen. Ein Ping-Pong-Spiel zwischen Nordamerikanern und Chinesen - auf Einladung Pekings zustandegekommen - scheint eine Entwicklung einzuleiten, deren Konsequenzen noch nicht abzusehen sind. Ministerpräsident Tschou en-Lai hat sie angedeutet. Er sprach von einer neuen Seite in der Geschichte der Beziehungen zwischen dem chinesischen und amerikanischen Volk, und auch davon, daß beide Völker in naher Zukunft Gelegenheit zu zahlreichen Kontakten erhalten würden. Diese offene Anspielung ließ Washington nicht unbeantwortet. Die US-Regierung hat, die Gunst der Stunde nutzend, fünf neue Anordnungen zur Erleichterung des Reiseverkehrs und des Handels mit den bisher verpönten China Mao tse-Tung erlassen und amerikanische Öligesellschaften aufgefordert, ihre Ölsuche überall dort einzustellen, wo Peking territoriale Rechte beansprucht.

Zur gleichen Zeit kam es zur Wiedereröffnung der seit 1949 unterbrochenen Telefonverbindung zwischen England und China. Die neuaktivierte chinesische Flexibilität ließ auch die Deutschen nicht aus. Das ZDF hat zum ersten Mal nach der Kulturrevolution die Erlaubnis bekommen, die Messe in Kanton zu filmen.

Diese West-Öffnung der Mao-Republik nach vielen Jahren selbstgewollter Abkapselung kommt nicht von ungefähr. Die bedingungslose Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Kanada und Italien waren ihr vorausgegangen. Man konnte das als Zeichen von Beweglichkeit werten. Die Kontakte mit anderen Staaten dürften folgen. Sie dürfen sich durch die Bereitschaft der Vereinigten Staaten ermuntert fühlen, dieser dritten Weltmacht mit ihrer ständig wachsenden Bevölkerungszahl - sie wird in wenigen Jahren die Milliardengrenze erreichen - den Weg in die Weltgemeinschaft freizugeben. Das heißt in nicht allzuferner Zukunft die lange bekämpfte und umstrittene Aufnahme Pekings in die Vereinten Nationen. Die Zahl der Gegner eines solchen Schrittes bröckelte ohnehin von Jahr zu Jahr ab.

Neue weltpolitische Konstellationen zeichnen sich am Horizont ab. Im Chor der Völker ist die Stimme des gewaltigen Ost-Reiches mit einem der ältesten Kulturvölker der Erde nicht mehr zu überhören. China scheint, nachdem es einen in dem letzten Jahrhundert nicht bekannten Grad von innerer Stabilisierung erreicht hat, zunächst zögernd, aber doch selbstbewußt seine Tore nach dem Westen hin zu öffnen. Es sprengt damit den Ring der Isolierung und betritt die Bühne der Welt. Soll der Weltfrieden erhalten und gefestigt werden, bedarf es zweifellos gerade auch der kooperativen Mithilfe Chinas. Neue Dimensionen tun sich auf. Die Weltpolitik kommt auch von Peking aus in Bewegung. (ex/oc/25.4.1971/ks)

Die CDU und ihre Führung

Eine Einzelfrage wird zu einem Gemeinproblem

Die Absicht des Parteiestablishments der CDU, die notleidende Führungsfrage noch über die nächsten Monate bis zum Saarbrücker Parteitag hinwegzulavieren, ist endgültig passé. Die mühselige Konstruktion, die den Bundestag-Oppositionsführer Dr. Rainer Candidus Barzel allmählich, aber sozusagen unausweichlich zum Alleinanwärter für die Parteiführung und für die Kanzlerkandidatur entwickeln sollte, ist bereits an der Basis zerbrochen. Das Selbstangebot der Adenauer-Nachfolger in der jetzt schon dritten Garnitur hat sich zu einem Kopf-an-Kopf-Vorantasten von Dr. Barzel und seinem Hauptkonkurrenten Dr. Gerhard Schröder entwickelt, zu dem sich nach dem Coup des CSU-Vorsitzenden und heimlichen Königsmachers Franz-Josef Strauß nun auch Dr. Gerhard Stoltenberg bekannt hat. Während sich Dr. Rainer Barzel in Washington noch um das Salböl der US-amerikanischen Prominent bemüht, wird der bundesrepublikanische CDU-Boden unter ihm immer dünner.

Nun könnte man die CDU zweifellos sich selbst und ihrem Führungsdurcheinander überlassen, das sie auch durch einen unaufhörlichen Regen von zumeist schrecklich gequälten bundesparlamentarischen Anfragen nicht zu verdecken vermag. Was sich da an der gegenwärtigen Spitze dieser Partei abspielt, decouvriert das ganze Unternehmen von innen heraus mehr als von außen in dieser Richtung überhaupt unternommen werden könnte. Aber dieses Durch- und Gegeneinander, das sich im Laufe der Zeit natürlich noch vermehren und verstärken wird, muß sich, was verantwortungsbewußte Unionspolitiker nicht

mehr nur im stillen Kämmerlein offen zugeben, zu einer Beeinträchtigung des demokratischen Gedankens und damit der Demokratie selbst auswachsen.

Keine Partei ist vor Querelen gefeit, keine Partei ist eine Insel der Seligen. Aber Parteien, die seit Jahr und Tag nichts anderes sinnen und tun, als ihr Dasein zu einer Opposition um ihrer selbst willen zu verformen und so auch zu manifestieren, sind am wenigsten dazu berufen, als Mahner und Warner vor einer angeblichen Gefährdung dieses Staates und seiner Gesellschaft durch die sozialliberale Koalition und deren Regierung aufzutreten. Der Wahlkampf, den die Unionsparteien in Bayern geführt haben und jetzt in Schleswig-Holstein führen, ist eine selbstgelieferte Untermauerung dieser Feststellungen. Ein unüberhörbarer Gleichklang von Extremäußerungen aus bestimmten Bereichen des Unionslagers mit dem Drohvokabular aus den Rechtsaußengruppen vervollständigt das manchmal recht trübe Bild.

Das Thema soll hier begrenzt bleiben und sein: Es heißt die zulässige Sorge um die Entwicklung an der Führungsspitze der CDU und damit um ihre Funktionserfüllung in der Bundesrepublik. Der Ausdruck dieser Sorge kann und braucht daher auch nicht als Einmischung in einen anderen Internbereich mißverstanden und abgewehrt zu werden. Wenn aber aus einer zur Obstruktion verzerrten Opposition Verunsicherung über den weiteren Weg und die weitere Entwicklung abzulesen und zu befürchten sind, dann wird die Frage zu einem Gemeinproblem. Und genau das soll hier gesagt werden.

'ee/ee/15.4.1971/bgy'

+ + +